

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 18, Oktober 2022

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Aktuelles aus der Politik	2
Aufhebung der Gasbeschaffungsumlage - Expertenkommission legt Vorschlag zur Gaspreisbremse vor	2
EU-Verordnung des Rates über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise verabschiedet.....	2
Aktuelles vom Gesetzgeber	3
Novelle des Energiesicherungsgesetzes sowie Änderungen anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften - EnSiG 3.0 - in Kraft getreten	3
Veranstaltungen	4
Einladung zu unserem kostenlosen Webinar zum Themenkreis „Ökologische Gegenleistung“	4
Über uns	4
Ihre Ansprechpartner	4
Redaktion.....	5

Aktuelles aus der Politik

Aufhebung der Gasbeschaffungsumlage - Expertenkommission legt Vorschlag zur Gaspreisbremse vor

Per Änderungsverordnung vom 3. Oktober 2022 hat die Bundesregierung die Gaspreisanpassungsverordnung (GasPrAnpV) mit Rückwirkung zum 9. August 2022, also zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, aufgehoben. Der Mechanismus der saldierten Preisanpassung nach § 26 Energiesicherungsgesetz (EnSiG) und die damit verbundene Gasbeschaffungsumlage ist dadurch außer Kraft gesetzt. Die Bundesregierung hat daraufhin eine Expertenkommission mit der Ausarbeitung eines Modells für eine Gaspreisbremse beauftragt.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Am 10. Oktober wurde unter dem Slogan „Sicher durch den Winter“ der Zwischenbericht der Expertenkommission vorgestellt, in dem diese einen ersten Vorschlag für eine Gaspreisbremse vorstellt. Für den Vorschlag wurden die Kundengruppen unterteilt:

Für Privatkunden und kleiner und mittlere Unternehmen (KMU) ist ein Zweistufenmodell vorgesehen: Zunächst soll der Staat im Dezember zur Überbrückung bis zur Einführung der eigentlichen Gaspreisbremse die Abschlagszahlungen komplett übernehmen. In der zweiten Stufe käme eine Gas- und Wärmepreisbremse ab März 2023, durch die der Gaspreis inklusive aller staatlich induzierten Bestandteile auf 12 ct/kWh gedeckelt wird. Dieser vergünstigte Preis soll monatlich für 80% des Verbrauchs gelten, der der Abschlagszahlung im September zugrunde lag.

Die Industrie soll dagegen keine Einmalzahlung erhalten. Stattdessen ist für die ungefähr 25.000 Betriebe die Umsetzung der Gaspreisbremse schon im Januar 2023 vorgesehen, da hier der Aufwand wegen des geringeren Adressatenkreises als kleiner eingeschätzt wird. Für die industrielle Verbraucher (größer als 1,5 Mio. kWh/a, RLM) soll der Beschaffungspreis auf 7 ct/kWh gesenkt werden. Um Sparanreize zu erhalten, steht den Industriebetrieben ein Kontingent von 70% des Verbrauches aus dem Jahr 2021 zu. Die Kommission schlägt vor, die Subvention über den Gaslieferanten zu verteilen. Für Unternehmen, die direkt am Großhandelsmarkt beschaffen, soll eine wirtschaftlich äquivalente Lösung gefunden werden.

Die Maßnahme soll nach Meinung der Expertenkommission erst im April 2024 enden, da ihrer Meinung nach der Winter 2024 unter Umständen eine noch größere Herausforderung darstellen wird als der kommende Winter.

Neben dieser Gaspreisbremse hält die Kommission weitere Maßnahmen für notwendig. Für die Industrie wurden u.a. folgende Vorschläge unterbreitet: Die BNetzA soll neben dem geplanten Substitutionsprodukt zur Förderung des Umstiegs auf Strom und grünen Wasserstoff auch einen vorübergehenden Fuel Switch fördern. Förderungen für Härtefälle, wie Bürgschaften, Kredite oder Zuschüsse (z.B. EKDP), sollen weiterlaufen. Im Verlauf der weiteren Kommissionsarbeit will sich die Kommission insbesondere auch mit Reverse Auction Instruments, also einer Weiterentwicklung von Gasauktionen, und dem Problem auseinandersetzen, wie Unternehmen gesichert Versorgungsverträge erhalten können.

Den gesamten Zwischenbericht der Expertenkommission finden Sie [hier](#). Es gilt zu beachten, dass es sich hierbei lediglich um Vorschläge an die Politik handelt und die konkrete Umsetzung noch offen ist. Wir informieren Sie an dieser Stelle weiter. Gerne stehen wir Ihnen für Ihre Fragen zur Verfügung.

EU-Verordnung des Rates über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise verabschiedet

Am 7. Oktober 2022 wurde die EU-Verordnung des Rates (2022/1854) verabschiedet, mit welcher durch zeitlich begrenzte Notfallmaßnahmen die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa entlastet werden sollen. Wesentlicher

Teil dieser Notfallmaßnahmen ist dabei die verbindliche Obergrenze für Markterlöse („Gewinnabschöpfung“) für die Erzeugung von Strom mit inframarginalen Technologien (wie erneuerbare Energien, Kernenergie und Braunkohle) von 180 EUR je MWh. Daneben sollen Gewinnüberschüsse im fossilen Sektor aus Tätigkeiten im Öl-, Gas-, Kohle- und Raffineriebereich einem vorübergehenden Solidaritätsbeitrag in Höhe von mindestens 33 % unterliegen.

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RAin Pia Mausbach
Tel.: +49 211 981-1737
pia.mausbach@pwc.com

Die Gas- und Strompreise in Europa sind im Jahr 2022 auf ein Rekordniveau gestiegen und haben nach der russischen Invasion in der Ukraine noch einmal historische Höchststände erreicht. Im europäischen Strommarktdesign („Merit Order“) bestimmt allerdings das teuerste für die aktuelle Stromerzeugung benötigte Kraftwerk den Preis für Strom – aktuell sind dies die Gaskraftwerke. Die Produktionskosten für die meisten Stromproduzenten (etwa die Erneuerbaren, Kohle- oder Atomstrom) ändern sich jedoch nicht wesentlich, sodass diese derzeit hohe Gewinne erzielen können. Vor diesem Hintergrund wurden seitens des Europäischen Rates nunmehr verschiedene Maßnahmen beschlossen. Mit Ausnahme einiger Artikel gilt die Verordnung bis zum 31. Dezember 2023.

Ein Bestandteil des Maßnahmenpaketes ist es, den Stromverbrauch in Europa insgesamt zu senken. Wesentliche Auswirkungen für die einzelnen Stromerzeuger wird aber vor allem die **Einführung der verbindlichen Obergrenze für Markterlöse** für die Erzeugung von Strom **von 180 EUR je MWh erzeugter Elektrizität haben**. Von der Maßnahme ist die Stromerzeugung aus Windenergie, Solarenergie (Solarthermie und Photovoltaik), Erdwärme, Wasserkraft ohne Speicher, Biomasse-Brennstoffe außer Biomethan, Abfall, Kernenergie, Braunkohle, Erdölzeugnissen und Torf umfasst. Diese Zufallsgewinne sollen in Folge an den Endkunden weitergegeben werden, also an alle Abnehmer von Strom für den Eigenverbrauch, insbesondere an solche, die am stärksten von den hohen Strompreisen betroffen sind. Bei der konkreten Ausgestaltung steht den Mitgliedstaaten dabei ein Spielraum zu. In Deutschland wird aktuell angedacht zur Gewährung des finanziellen Ausgleichs für Stromendkunden auf die Infrastruktur der EEG-Umlage zurückzugreifen. Die verbindliche Obergrenze für Markterlöse soll zunächst bis zum 30. Juni 2023 Anwendung finden.

Daneben soll im fossilen Sektor auf Gewinnüberschüsse ein **befristeter Solidaritätsbetrag** in Höhe von mindestens 33 % Anwendung finden. Betroffen sind grundsätzlich Unternehmen und Betriebsstätten der Union, die im Erdöl-, Erdgas-, Kohle und Raffineriebereich tätig sind. Einschränkend gilt jedoch, dass diese mindestens 75% ihres Umsatzes in den Bereichen Extraktion, Bergbau, Erdölraffination oder Herstellung von Kokereierzeugnissen erzielen. Bei der Bestimmung von Überschussgewinnen ist maßgeblich, ob die steuerpflichtigen Gewinne des Unternehmens bzw. der Betriebsstätte mehr als 20 % über dem Durchschnitt der steuerpflichtigen Gewinne liegen, die in den vergangenen Haushaltsjahren ermittelt wurden. Die Mitgliedsstaaten sollen der Europäischen Kommission bis zum 31. Dezember 2022 über die Einführung des befristeten Solidaritätsbeitrages berichten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz („BMWK“) arbeitet aktuell mit Hochdruck an der konkreten Umsetzung der Verordnung in nationale Regelungen. Dem Bundeskabinett soll Anfang November ein Entwurf vorgelegt werden. Gerne erörtern wir mit Ihnen die Auswirkungen dieser Instrumente auf Ihr Unternehmen sowie etwaige Rechtsschutzmöglichkeiten.

Aktuelles vom Gesetzgeber

Novelle des Energiesicherungsgesetzes sowie Änderungen anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften - EnSiG 3.0 - in Kraft getreten

Nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist das Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften in weiten Teilen am 13. Oktober 2022 in Kraft getreten. Durch die inzwischen dritte Novelle des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) soll zum einen eine weitere Stärkung der Vorsorge durch die kurzfristige Erhöhung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien sowie zum anderen weitere Maßnahmen zur Senkung des Gasverbrauchs implementiert werden.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Das EnSiG 3.0 umfasst neben den Änderungen am Energiesicherungsgesetz auch Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz, Energiewirtschaftsgesetz, LNG-Beschleunigungsgesetzes sowie Baugesetzbuch. Durch die Änderungen soll kurzfristig die Stromproduktion aus Photovoltaik und Windenergie an Land erhöht und zusätzliche Anreize für die Stromproduktion aus Biogas gesetzt werden. Darüber hinaus dienen verschiedene Maßnahmen der Beschleunigung des Stromnetzausbaus, einer höheren Netzauslastung sowie der Lastflexibilität.

Aus Sicht von Industrie und Gewerbe dürften jedoch insbesondere die Änderungen am EnSiG relevant sein, welche zusätzliche Erleichterungen für den Brennstoffwechsel (Fuel Switch) schaffen sollen. So wird die Möglichkeit, per Rechtsverordnung für den Betrieb von Anlagen befristete Abweichungen oder Ausnahmen von den Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSiv) treffen zu können, auf die Errichtung und die Änderung von Anlagen erweitert.

Zudem wird eine Regelung über die Inbetriebnahme von überwachungsbedürftigen Anlagen zur Bewältigung einer Gasmangellage aufgenommen. Hierdurch wird – auf zwei Jahre befristet – die Möglichkeit geschaffen, dass überwachungsbedürftige Anlagen, die einer Erlaubnis durch die zuständige Behörde bedürfen und die wegen einer ernsten oder erheblichen Gasmangellage (hierzu reicht die erfolgte Ausrufung der Alarmstufe aus) errichtet oder geändert werden, abweichend von der Betriebssicherheitsverordnung zunächst ohne behördliche Erlaubnis betrieben werden können. Eine solche Erlaubnis ist allerdings nachzuholen und der Antrag auf Erlaubnis „frühestmöglich“ zu stellen.

Gerne erörtern wir mit Ihnen die sich aus dem EnSiG 3.0 ergebenden Änderungen.

Veranstaltungen

Einladung zu unserem kostenlosen Webinar zum Themenkreis „Ökologische Gegenleistung“

am 20. Oktober 2022, 10.00 bis 11.00 Uhr

Die Anforderungen an die Umsetzung ökologischer Gegenleistungen werden in den nächsten Antragsjahren – u.a. auch in der Besonderen Ausgleichsregelung oder in der BECV – zunehmen. Wir wollen Ihnen dabei helfen, möglichst frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen und die damit einhergehenden Chancen optimal zu nutzen.

Weitere Informationen und Anmeldung zur Veranstaltung unter:

<https://www.pwc-events.com/Klimaschutzmassnahmen-Industrie>

Während der Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, unseren Experten Ihre Fragen zu stellen.

Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an

Dr. Daniel Callejon, Tel.: +49 211 981-2194, daniel.callejon@pwc.com

Alexander Schult, Tel.: +49 211 981-7898, alexander.schult@pwc.com

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Rain Alexandra Ufer
Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com